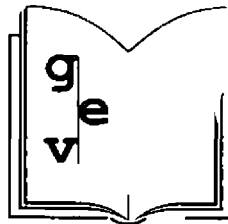


pro lingua
Band 24

Uta Helfrich · Claudia Maria Riehl (Hrsg.)

Mehrsprachigkeit in Europa – Hindernis oder Chance?



gottfried egert verlag

Sprachliche Kosten-Nutzen-Rechnungen und die Stabilität mehrsprachiger Gemeinschaften. Überlegungen zum Status sprachlicher Minderheiten in Staaten West- und Mitteleuropas

1. Am Anfang beginnen: der Traum von der einen Sprache

Im Paradies, und also auch zumindest einem Teil der Menschheitsträume herrscht neben manch anderem Einsprachigkeit: wenn wir der biblischen Geschichte glauben wollen, wird sogar die Schlange adamitisch gesprochen haben.¹ Auch dieser Teil des Paradieses kennt seine Vertreibungsgeschichte - zumindest wird die Geschichte der babylonischen Sprachverwirrung normalerweise so gelesen. Die noch nicht aus den Vorzügen der Einsprachigkeit vertriebenen Menschen versuchten Nutzen zu ziehen aus dem Tatbestand, daß sie sich alle miteinander ohne Problem verständigen konnten, sie agglomerierten sich an einer Stelle, um eine große Stadt und einen Turm zu bauen, der bis an den Himmel reichen sollte. Was daraus wurde, ist auf jeden Fall klar; es wurde eingegriffen:

Auf steigen wir hinab, und verwirren wir dort ihre Sprache, so daß keiner mehr die Sprache des anderen versteht. (nach Skudlik 1988:75)

Ein Bild wie in den Vorurteilen über das Brüssel der EU, nur ohne Übersetzungsdienst: viele Repräsentationsbauten und keiner, der etwas versteht. Umberto Eco (1994) hat in einer Übersicht nachgezeichnet, wer alles und auf welche Weise er der Wiedererlangung des Traumzustandes von der vollkommenen Sprache näherzukommen versuchte. Und gerade weil heute die vielen Sprachen mehr Anerkennung erhoffen dürften, sei es um so wichtiger, darüber den Traum von der alle versöhnenden Sprache weiterzuträumen. Eco

¹ Daß auch Aussagen dazu ihre sprachpolitischen Varianten kennen, mag der von Eco (1994:107) kolportierte schwedische Autor belegen, "der sich eine Eva ausdenkt, die von einer frankophonen Schlange verführt wird, während Gott schwedisch spricht und Adam dänisch."

(1994:429f.) selbst träumt an dieser Stelle ein wenig den Traum von der Welthilfssprache, die die Herrschaft des Englischen unnötig machen solle. Nun ist aber die bildmächtige Geschichte vom Turmbau von Babel ja nicht so eindeutig, wie sie zunächst klingt. Auch darauf ist neuerdings vielfach verwiesen worden; Trabant (1989:190), Gauger (1988:230f.) und auch Eco (1994:342ff.) in dem genannten Buch haben sich neben anderen dazu geäußert. Denn natürlich zerstört die babylonische Sprachenverwirrung einen Traum, den Traum von der ungestörten Verständigung zwischen allen, von denen man überhaupt annehmen kann, daß sie an einer Kommunikation teilnehmen wollen. Aber vielleicht ist das ja wirklich nur ein Traum, an den sich die Wirklichkeit nicht aus zufälligen Gründen, sondern grundsätzlich nur in einem gewissen Maße annähern kann. Dann legt die Geschichte von der babylonischen Sprachverwirrung die Verantwortung für diesen Zustand nicht in die Hand eines unberechenbaren Zufalls, sondern läßt sie als die wohlüberlegte Folge göttlichen Tuns erscheinen. Man kann die Entstehung der Unterschiedlichkeit der Sprachen, so wie sie in der Bibel beschrieben wird, ja auch als Anstoß interpretieren, die Welt auf unterschiedliche Weise wahrzunehmen, zu benennen und somit sprachlich zu gestalten.

2. Wenn Sprachen zusammenstoßen...

Nun ist im praktischen Leben des Menschen im Europa von heute Mehrsprachigkeit nicht abstrakt von Bedeutung, sondern nur, insofern sie und ihre Folgen unmittelbar am eigenen Leibe erlebt werden. Die Art und der Grad, in dem das geschieht, ist offenkundig ganz unterschiedlich; in verschiedenen Stadien der historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ebenso wie in den separaten Sektoren der jeweiligen Gesellschaft.² Aus diesem vergleichsweise trivialen Tatbestand folgt auch, daß das scheinbar so durchsichtige Wort 'Mehrsprachigkeit' und sein lateinisch-griechischer Verwandter 'Bilingu(al)ismus' eine falsche Eindeutigkeit suggerieren. Wenn man das *Lexem Sprache* bzw. *Lingua* in diesem Wort im gängigen linguistischen Sinn versteht, ist das soziolinguistisch nicht besonders sinnvoll. Wo und wie soll es denn geschehen, daß zwei Exemplare des Typus *langue* zusammenstoßen - um mich des Sprachgebrauchs zu bedienen, den Ammon (1983) zu diesem Zweck einmal entwickelt hat. Zwei Exemplare des Typus *parole* können

² Der Terminologiestreit um die Wörter 'Bilinguismus' und 'Diglossie' ist ja nicht zuletzt der Versuch, dem Rechnung zu tragen.

natürlich zusammenstoßen - und natürlich kann man dann auch überlegen, auf welche *langue*-Typen sich das zurückprojizieren läßt. Aber damit ist die Untersuchung von Mehrsprachigkeit als wissenschaftlichem Objekt weit unter Wert geschlagen, wird doch das, was an Mehrsprachigkeit eigentlich interessant ist, nämlich die Kommunikation, hier durch das abstrakte wissenschaftliche Interesse ausgefiltert. Schon wenn man sich nur auf die Ebene der sprachlichen Form bezieht, wird viel zu wenig deutlich, daß diese sprachliche Form hier weniger als ihrem paradigmatischen Systemstatus denn als Materialität kulturspezifisch geprägter Interaktion gefragt ist. Materialität heißt hier, darauf sei in Fortführung Bühlers hingewiesen, mehr als Werkzeug: die sprachliche Form ist nicht von dem soziolinguistischen Effekt in der Kommunikation zu trennen. Dabei stören manche systemlinguistische Glaubensgrundsätze eher, als daß sie hilfreich wären. Für eine systemlinguistische Beschreibung - selbst für eine systemlinguistische Beschreibung unter funktionalen Gesichtspunkten - ist aus guten Gründen jedes Exemplar der Klasse *langue* gleich gut. Und auch der Wert der Kenntnis und des Gebrauchs der einen oder der anderen Sprache läßt sich von der Systemseite her eigentlich nicht beurteilen. Zu Recht verfallen gegenteilige Äußerungen gern dem Ideologieverdacht, so wenn Markey (1987:12ff., 18) in der Fortführung evolutionsbiologischen Denkens eine Optimierung der Systeme erkennt, die in strukturellen Merkmalen des Englischen und der anderen vielgebrauchten Sprachen ihren Höhepunkt gefunden habe: daher sei Englisch u.a. auch strukturell die denkbar beste Sprache.³ Dabei ist allerdings der Gerechtigkeit halber zu bedenken, daß ja auch schon das Denken von Systemwandel als Ergebnis eines Adaptationsprozesses an Umweltbedingungen das System als solches verläßt. Die Kausalität des Wandels bleibt innerhalb der Systembedingungen, die Intention der Sprecher aber richtet sich danach, wie die sprachliche Erscheinung Dinge gemäß einer gesellschaftlichen Selbstsicht repräsentiert. Vom Sprecher her gesehen ist der Sprachwandel weder kausal noch final, sondern an den Wunsch nach angemessener gesellschaftlicher Repräsentation geknüpft. Im Hinblick auf diesen Charakter der Sprache

³ Markey (1987:20f.) weist ergänzend darauf hin, daß die Komplexitätserhöhung bzw. -erhaltung in vielen isolierten Sprachen in hochgradig vielsprachigen Regionen natürlich für den Willen zur gesellschaftlichen Isolation nützlich ist. Zu Recht stellt er (20f.) anhand des Beispiels des Balkansprachbunds fest, daß nicht mehr von den sprachlichen Verhältnissen her zu klären ist, wann solche Prozesse eintreten und wann nicht - letzteres etwa im Fall des neuerdings von Haarmann (1993:45ff.) ausführlich dokumentierten sprachlichen Puzzles im Kaukasus.

als eines Elements der sozialen Repräsentation wird nun einerseits Mehrsprachigkeit selbst schon sehr unterschiedlich bewertet,⁴ in den einzelnen Konstellationen von Mehrsprachigkeit wird zudem offenkundig den verschiedenen Sprachen - Einheiten vom Typ *langue* - ein unterschiedlicher Wert beigemessen.⁵ Dieser relative Marktwert wird von verschiedenen Faktoren gesteuert. Sie haben zur Folge, daß der Sprachgebrauch als ein Zeichen sozialer Distinktion bzw. Distinktheit gelesen wird.⁶

Daraus folgt, daß auch die Sprachenwahl in einem in der einen oder anderen Weise mehrsprachigen Setting als Element einer spezifischen Art gesellschaftlicher Interaktion gelesen wird. Es ist natürlich dem Wandel unterworfen, welchen Wert Mehrsprachigkeit und der Gebrauch der einzelnen Sprachen und Varietäten in solch einer Umgebung haben.

Aus diesem Grund muß man auch scheinbar naturwissenschaftliche Befunde, wie die Ergebnisse der psycholinguistischen Untersuchung der Folgen des Bilingualismus auf die kindliche Mehrsprachigkeit, neu lesen. Zwei- oder mehrsprachiges Aufwachsen von Kindern wurde lange Zeit ausschließlich als ein Hemmnis beim Spracherwerb, ja bei der gedanklichen Entwicklung des Kindes, interpretiert, neuerdings sieht man eher die positive Seite des natürlichen Hineinwachsens in eine mehrsprachige Kommunikation mit der entsprechenden Offenheit der begrifflich-gedanklichen Entwicklung. Im ersten Fall ist also Einsprachigkeit der angenommene Normalfall des Menschen, im zweiten Fall Mehrsprachigkeit. Es ist offenkundig, daß im zweiten Fall

⁴ Vgl. dazu die skeptischen Überlegungen, die Coulmas (1992:38ff.) zum Verhältnis von gesellschaftlichem Reichtum und Mehrsprachigkeit anstellt: ein hoher Grad von Mehrsprachigkeit gehe praktisch immer mit einem geringen Grad an wirtschaftlicher Entwicklung einher. Die zu nennenden Ausnahmen seien Sonderfälle. "Sprachliche Homogenität ist eine Besonderheit der Sprachen Europas, die als natürlich und vorteilhaft gilt" (Coulmas 1992:41).

⁵ Das gilt selbst in Fällen, bei denen, wie in der Schweiz, allen vorhandenen Sprachen miteinander ein konstituierender Wert für die Identität der Sprachgemeinschaft beigemessen wird. Die praktisch begrenzte Brauchbarkeit des Schweizerdeutschen, das aber zumindest für die Deutschschweizer einen hohen Identitätswert repräsentiert, führt etwa bei französischsprachigen Schweizern zu einer Abwertung dieser Varietät u.a. aus Brauchbarkeitsgründen. Daß von deutschsprachiger Seite die Identitätsinterpretation für wesentlich wichtiger gehalten wird, zeigt der umfängliche Streit darum, ob es überhaupt ein einheitliches Schweizerdeutsch gebe.

⁶ Vgl. dazu Bourdieu (1982:727ff.); man kann auch Kellers (1990) Überlegungen zur "unsichtbaren Hand" im Sprachwandel so lesen.

Erscheinungen, die in der ersten Interpretationsweise den Charakter von störenden Fremdeinflüssen auf dem Weg der Entwicklung zu einem einheitlichen System haben, nun einfach als Merkmale ohnehin anzunehmender Interimsysteme erscheinen. Die Frage, ob frühkindlicher Bilinguismus eine Erschwernis oder eine Erleichterung des sprachlichen Lebens darstellt, wird also im wesentlichen aufgrund dessen beantwortet, was ich als das ideale Ziel der sprachlichen Entwicklung des Individuums ansehe. Aus diesem Grund ist es sehr bedauerlich, daß die bisher meist zitierten Studien zum kindlichen Bilinguismus (vgl. Romaine 1989:166ff.) größtenteils mit Recht mit privilegierten Typen von "Bildungs"-Bilinguismus argumentieren - nicht selten sind die Versuchsobjekte die Kinder der akademischen Forscherinnen und Forscher. Die seltener dokumentierten Fälle sozusagen natürlicher Zweisprachigkeit bieten dann auch die größten Interpretationsschwierigkeiten. Man vergleiche nur das Beispiel einer einigermaßen normalen elsässisch-sprachigen Familie, das Romaine (1989:184) als schwierigen Fall zitiert:

Another case where considerable mixing is reported is in Tabouret-Keller (1962), which is one of the few studies of a child of working class background. The father was bilingual from childhood in French and German. The mother spoke the local Alsatian German dialect and had learned French in school. Both parents mixed both languages in speaking to their child. By two years of age the child had a much larger French than German vocabulary, and about 60 percent of her sentences were mixed. Tabouret-Keller also observed that the child became aware that she was speaking two languages much later than Ronjat's, Leopold's and Pavlovitch's children because the two languages were not kept distinct in the input.

Was hier als überraschender Sonderfall erscheint, ist unter Berücksichtigung der sprachlichen Situation des Elsaß, von der später noch zu handeln sein wird, eher ein unvermeidlicher Normalfall, so daß man sich fragen muß, was der Vergleich mit Studien, die in fast jeglicher Hinsicht unvergleichbar sind, hier leistet - auch, was es heißen soll, daß dieser Typus von Mehrsprachigkeit den sechsten und letzten der Klassifikation darstellt.

Die Termini 'Einsprachigkeit' und 'Mehrsprachigkeit' legen im buchstäblichen Sinn genommen eine Gegebenheit von Phänomenen nahe, die eigentlich so nicht existiert. Mehrsprachigkeit existiert nur als Element eines gesellschaftlichen Symbolsystems und kann nur in Verbindung damit beschrieben werden.

3. Bausteine eines zeitgemäßen und soziolinguistischen Mehrsprachigkeitskonzepts

Mit dieser Relativierung dessen, was das Wort 'Mehrsprachigkeit' bedeutet, ist auch ein Spruch wie der unlängst zum Titel einer einschlägigen Festschrift gewordene Satz *It's easy to mingle when you are bilingual* natürlich nicht falsch - er macht aber eine Reihe von impliziten Voraussetzungen, ohne deren Kenntnis man nicht so recht sagen kann, wie richtig er eigentlich ist. Das gilt logischerweise auch für alle generellen Aussagen zum Bereich der Mehrsprachigkeit, die zwar im wörtlichen Sinne auf alle Fälle zutreffen, in denen mehrere *langues* durch gesellschaftliche Verhältnisse in einen beschreibbaren Kontakt zueinander kommen, so richtig Sinn aber nur bei passend ausgewählter Umgebung haben. Das gilt sowohl für den aus irgendwelchen Gründen besonders in romanistischer Umgebung⁷ populären Satz, Mehrsprachigkeit sei dem Menschen ohnehin natürlich, wie für seinen Widerpart aus kulturrelativistischer Tradition, letztlich sei der Mensch nur auf Einsprachigkeit angelegt, alles andere sei eine zwar nötige, aber doch mühsame und mit prinzipiellen Grenzen versehene Ergänzung.⁸

Nun mag man auch hier einwenden, solche Sätze seien ohnehin uninteressant, da sie für die jeweilige Praxis mehrsprachiger Interaktion keine Folgen hätten. Das scheint nur auf den ersten Blick so. Es gibt gerade in der sprachenpolitischen Auseinandersetzung um die Rechte von Minderheitensprachen eine Reihe wichtiger Entscheidungen, bei denen entsprechende Stellungnahmen unmittelbare praktische Konsequenzen haben. Eine solche Frage ist: Was mache ich in einer staatlichen Organisationseinheit, die mit verschiedenen Sprachen bei ihrer Bevölkerung rechnen muß - und zwar in einer erkennbaren Mehrheit-Minderheit-Verteilung - mit der schulischen Erziehung zur Mehrsprachigkeit?

Dazu wollen wir mit einem vergrößerten, vielleicht deshalb provozierenden, vielleicht deshalb aber auch deutlicheren Beispiel beginnen. Was tue ich sprachenpolitisch, wenn für mich die folgenden Voraussetzungen gelten: Ich gehöre zu einer relativ großen Minderheit. Die Muttersprache dieser Minderheit ist wohlausgebaute Schrift- und Standardsprache westlichen Typs, deren Binnenland und geographischer Schwerpunkt in der unmittelbaren

⁷ Der Klassiker dazu ist vielleicht Wandruszka (1979:13): "Der Mensch ist das Wesen, das mehrere Sprachen lernt". Vgl. auch die bei Werlen (1989:185) dokumentierte Auseinandersetzung Fishmans mit den Gedanken Whorfs.

⁸ Vgl. hierzu die Schilderung des Fremdsprachenlernens bei Porzig (1971:214).

Nachbarschaft liegt. Sie ist daher funktional der Majoritätssprache innerhalb des Staates gleichwertig. Gleichzeitig sind die politischen Verhältnisse so, daß der Erwerb der mehrheitlichen Staatssprache durch die Minderheit gesichert ist. Dennoch kann ein Minderheitsangehöriger aber im organisatorischen Normalfall in der Minderheitssprache alle seine kommunikativen Bedürfnisse erfüllen. Außerdem ist ein hoher Grad an Konsens bei den Angehörigen der Minderheit erkennbar, die so geschilderten Verhältnisse auch so zu erhalten. Wenn das alles so ist, dann mag es als sinnvoll erscheinen, die prinzipiell monolinguale Lesart zu wählen, also die, welche den Bilinguismus als eine im Prinzip mühsame Ergänzung zu einem primären Monolinguisimus versteht.

Für die konkrete Schulfrage hat das zur Folge, daß man dann eine Art des Schulsystems installiert, die zunächst auf eine prinzipielle Trennung der sprachlichen Gruppen setzt und ein additives Kennenlernen der anderen Sprache oben aufsetzt.

Auch wenn das wohl nicht in dieser Weise bewußt abläuft oder abgelaufen ist, kann man die Südtiroler Schulsprachpolitik in diesem Sinn lesen.⁹ Wenn es auch von der historischen Entwicklung gerade dieses Gebiets naheliegen mag, von Äußerungen von Politikern gestützt und sogar dem Bewußtsein einer repräsentativen Auswahl von Angehörigen der Minderheit entsprechen mag - man macht es sich zu einfach, wenn man diesen Typus der Organisation von Mehrsprachigkeit als einen späten Nachläufer des nationalstaatlichen Organisationsideals des 19. Jahrhunderts ansieht. Nach wie vor ist es ja relativ gängig, in der Auseinandersetzung um die Rechte von Minderheiten mit diesem historischen Bild zu argumentieren: Man tendiert dazu, einen monoethnisch unterdrückenden Nationalstaat als das Feindbild, aber auch die möglichste Annäherung an den von ihm gegebenen Strukturtyp in politischer Eigenständigkeit als Lösung für das Minderheitenproblem anzusehen. Obwohl sich die angedeuteten Südtiroler Verhältnisse noch so beschreiben lassen, erscheint mir das etwas zu einfach gedacht: Statt der nationalen Lesart würde ich eine der folgenden Art vorziehen. Bei den sonstigen hier kurz angedeuteten Bedingungen der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe in Südtirol war und ist die in diesem Rahmen gewählte Lösung für das staatliche Umgehen mit der Minderheit eine Möglichkeit, die Interessen der eigenen Gruppe innerhalb des demokratischen Staatsverbandes Italien am effektivsten durchzusetzen. Zu Recht wird in vielen einschlägigen Publikatio-

⁹ Das ist eine passende Auswahl aus der in Eichinger (1988) vorgestellten Interpretation der Südtiroler Situation.

nen lobend bemerkt, daß es die Leitung der Südtiroler Volkspartei auch zu Zeiten, wo das vielen noch nicht so klar war, auf überzeugende Weise verstanden hat, den aus der eigenen Identität der vertretenen Sprachgruppe kommenden Ansprüchen auf eine Autonomielösung und der Notwendigkeit der Integration in die sich wandelnde Demokratie Italiens gleichermaßen nachzukommen. Hilfreich ist dabei natürlich immer auch der relativ "weite" Charakter von Begriffen wie Autonomie. Daß die erreichte Lösung nur möglich war, weil auch die mitteleuropäischen Zentralstaaten an föderalen Lösungsmöglichkeiten zugenommen haben, ist die andere Seite derselben Geschichte. Daß eine solche Auseinandersetzung um Gruppeninteressen den gesamtstaatlichen Konsens belasten kann und wie weit man es sich leisten kann, diesen gesamtstaatlichen Konsens zu belasten, ohne sich eigentlich außerhalb dieses Staates stellen zu müssen, sei hierbei außer acht gelassen. Wichtig bleibt aber festzuhalten, daß zumindest für die Fälle in Mitteleuropa die alte "nationale" Interpretation bei dieser Art von Deutung nicht verschwindet, sondern als ein Faktor neben anderen in der neuen Interpretation auftaucht: Die national-ethnische Interpretation repräsentiert eine Ebene des festgewordenen kollektiven Bewußtseins.

Die Lösungen, aber auch die gewählten Wege, eben durch Gesetze, zeigen, daß sie letztlich doch den seit dem 19. Jahrhundert grundsätzlich veränderten politischen Legitimitätsverhältnissen Rechnung tragen. Sie verändern im Gefolge auch die Arten und Weisen, mit denen man in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Druck ausübt.¹⁰ Für die europäischen Minderheitsverhältnisse läßt sich meines Erachtens zeigen, daß nach dem Ausklingen der Nachwehen des Zweiten Weltkriegs, also etwa Mitte der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, endgültig ein Umschwung festzustellen ist, der nur noch demokratische Formationen als legitimitätsschaffend zuläßt. Spätestenfalls seit dieser Zeit sei die

Demokratie [...] zu einer Norm geworden, der sich niemand verweigern kann. Es gibt eine Art Demokratisierungsdruck, der für alle Gesellschaften gilt. [...] Seitdem müssen sich alle Regierungsformen als Demokratien legitimieren. Auch die kommunistischen Regime beanspruchten, eine radikalere Demokratie zu besitzen als die bürgerlichen Gesellschaften. Und wo es heute noch autoritäre Regime gibt, behaupten sie, die Gesellschaft zur Demokratie zurückzuführen, sobald sie dazu "bereit" sei. Kurz,

¹⁰ Vgl. Eichinger (1992a).

es ist heute einzig die Demokratie, die politische Legitimität liefert. (Taylor 1993:5)¹¹

Um auf dieser Folie die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Mehrsprachigkeit angemessen interpretieren zu können, muß man sich, was bisher noch zu wenig geschieht, mit Merkmalen von Demokratie und Faktoren, die bei ihrer Beschreibung eine Rolle spielen, auseinandersetzen. Dabei geht es neben einer Auseinandersetzung mit der jeweiligen Rolle demokratischer Verfahren und Institutionen vor allem darum, zu fragen, "in welchem spezifischen Verhältnis die Bürger eines demokratischen Gemeinwesens zueinander stehen" (Taylor 1993:6). Der Titel meines Beitrags spielt auf eine gängige Modellvorstellung dazu an, die mit dem Namen Schumpeter verbundene ökonomisch argumentierende Demokratietheorie. Sie stellt das Konzept in den Mittelpunkt, der demokratische Staat sei ein wirksames und faires kollektives Instrument, bei dem Profis (die Politiker) die individuellen Ziele und Wünsche der Bürger verwirklichen. Bei Nichtgefallen wird eine neue Mannschaft gewählt. Die Mängel dieses Bildes, die nicht zu übersehen sind, führen aber offenbar dazu, alternativ auf Modelle zu setzen, die das demokratische Gemeinwesen von der Identifikation der Bürger mit ihm abhängig machen. Man kann die Rekurrenz auf die national-ethnische Argumentation in diesem Sinn als eine Ersatzhandlung ansehen, wo nämlich die schwierig zu messende oder zu handhabende Identifikation in ein scheinbar konkretes Kriterium (Sprache, Religion usw.) gesteckt wird; die tatsächlich zeitgenössischen Varianten dieser Sichtweise sind welche, die als Merkmal der Demokratie die unmittelbare Durchsetzung einer *volonté générale* (Rousseau) ansetzen. Auch dieses Modell hat offenkundig Nachteile, läßt es doch eigentlich Interessendifferenz im System kaum zu: radikalere Minderheitenbewegungen, wie etwa bei den Basken, berufen sich wohl am ehesten auf dieses Demokratieverständnis; in "normalen" Demokratien ist diese Haltung des Bürgers wohl eher auf kritische Umschwungphasen begrenzt. Man könnte das am Beispiel der politischen Diskussion bzw. auch Diskussionsverbote im Umfeld der deutschen Wiedervereinigung zeigen. Tatsächlich braucht man, um neben den Wahrheiten, die die beiden zitierten Ansätze treffen, zu einem abgerundeten Bild zu kommen, ein Modell, das die not-

¹¹ Wir wollen nicht verhehlen, daß es auch eine weniger optimistische Sicht der politischen Lage gibt, die vor allem auf weltanschaulich gesteuerte Oligarchien vom Typ islamischer Republiken als Modelle mit zunehmender Attraktivität verweisen.

wendige Identifikation mit grundlegenden Prinzipien als ein wesentliches Merkmal des Bürgers in demokratischen Formen beschreibt:

Der Identifikationspol besteht im «Gesetz» als dem Inbegriff der zentralen Institutionen und Verfahren der politischen Systeme. (Taylor 1993:12)

Dieser Gedanke, der auf den ersten Blick nicht weit entfernt von Überlegungen Jürgen Habermas' zum Verfassungspatriotismus zu sein scheint, hat immer das Problem, daß es schwierig ist, einen angemessenen Weg von der abstrakten Rekonstruktion, "der rational verbindlichen Strukturen menschlichen Handelns" (van den Brink 1993:68) mit konkreten zentralen Idealen, die eine bestimmte Gesellschaft vom guten Leben hat, in Verbindung zu bringen. Vor allem in der amerikanischen politikwissenschaftlichen Diskussion hat dieser Punkt als die Auseinandersetzung zwischen Liberalisten und Kommunitaristen im letzten Jahrzehnt eine wesentliche Rolle gespielt. Wenn Ecos (1994:339) Beschreibung in etwa stimmt, der einen "Trend zur europäischen Vereinigung Hand in Hand mit einem Drang zur Multiplizierung der Sprachen" sieht, sowie eine "Politik der Respektierung minoritärer Sprachen", so kann das in dem demokratischen Konzept langfristig nur funktionieren, wenn die verschiedenen Sprachgruppen auch konkret etwas in das öffentliche "gute Leben" der Staatsform einbringen können: "die Partizipation an lokalen Gemeinschaften muß auch als Partizipation an der Gesellschaft betrachtet werden können" (van den Brink 1993:69), eine Idee, die sich auf Montesquieu oder Tocqueville zurückführen ließe. Dabei ist eine "historisch-kulturell definierte Nation" (65) ein möglicher Ort für eine angemessene lokale Realisation eines bürgerlichen "guten Lebens". Da Vorstellungen vom Guten immer sprachlich tradiert werden, kann man die sprachlich begründeten Gemeinschaften als Orte lebendiger Tradition betrachten, d.h. als einen zu diskutierenden und dem ganzen kompatibel angesehenen Versuch der Interpretation dessen, was man für ein gesellschaftliches Gut hält. In diesem Feld zwischen ökonomischem Dienstleistungskonzept, dem Konzept des demokratischen Überzeugungstäters und einer alternativen konkreten Ausformulierung von gesellschaftlichen Optionen des "Guten" hat man wohl heutzutage Fälle von Mehrsprachigkeit zu bewerten. Mir scheint solch ein Modell, das von universalistisch argumentierenden Politologen als etwas idyllisch eingeschätzt wird, da es den Vorrang der davon unbeeinflussten bürgerlichen Rechte vor einer qualitativen Einbindung als "gut" nicht deutlich oder zumindest nicht eindeutig genug mache, für die Behandlung von gesellschaftlichen Konfliktfällen zwischen sich sprachlich definierenden Minderheitengruppen geeigneter als die

abstrakten Modelle, die auf die Überzeugungskraft eines abstrakten rationalen Diskurses setzen - was passiert, wenn sich jemand wirklich nicht überzeugen läßt?¹² Da es bei der Frage des Schutzes, der Autonomie usw. von Minderheiten ja immer um eine Modifikation des Gleichheitsgrundsatzes geht, muß in der Gesellschaft wohl ein mehrheitsfähiger Konsens darüber hergestellt werden, was als ein angemessener Grund für eine sinnvolle Abweichung vom Prinzip einer rein formalen Gleichheit gelten kann. Man kann vielleicht auch mit Sartori (1992:99) folgendermaßen pragmatisch argumentieren:

Man kann nicht behaupten, Konsens auf der Gemeinschaftsebene sei eine *notwendige Bedingung* der Demokratie. Andererseits spricht eine Unmenge empirisches Material dafür, daß eine Demokratie, der es nicht gelingt, im Laufe der Zeit einen Grundkonsens herzustellen, als eine schwierige und zerbrechliche Demokratie agieren muß. Man kann also getrost behaupten, Konsens in Grundfragen sei eine *günstige Bedingung* für die Demokratie.¹³

Dieses Beschreibungsfeld, das "auf der historischen und sozialen Situiertheit des Individuums beharrt" (Fink-Eitel 1993:307) ist eigentlich ein relativ optimistisches Umfeld; dazu nur drei skeptische Anmerkungen:

Zum einen kann man natürlich nicht außer Augen lassen, was unter anderem auch sprachenpolitisch an den Rändern der ehemaligen Sowjetunion passiert - ich bin nicht ganz sicher, ob ich so optimistisch sein will wie Haarmann (1993:22f.), der die hier erkennbare starke Nationalisierung der Politik mit den Wünschen nach staatspolitischen Folgen als eine notwendige Zwischenphase der Selbststabilisierung sieht, der eine stärker integrative Phase folgen werde. Ähnlich Eco (1994:339), der die Kriege um eine sprachliche Separierung als ein - nicht genauer spezifiziertes - Analogon zur größeren Liberalität gegenüber Kleinsprachen im Westen beschreibt.

Zum anderen verfolgen auch demokratisch-westliche Staaten zum Teil machtpolitisch ausgrenzende Positionen, die zusätzlicher Erklärung bedürften: so sucht zum Beispiel Belgien - mit lauter anerkannten Sprachen - eine Separationslösung, die bei Vorliegen entsprechender Bedingungen durchaus

¹² Wie schwierig es ist, an dieser Stelle die Tugend zu vermeiden, mag die Diskussion bei dem vehement die universalistische Position verteidigenden Brunkhorst (1994:220ff.) zeigen.

¹³ Man vergleiche auch zum Beispiel die anhand konkreter Beispiele vernünftige Grenzen aufzeigenden Überlegungen in Flego (1993:70f.).

als beispielhaft gilt. Die Bedingungen sind wohl dann gegeben, wenn eine der beteiligten Sprachen aufgrund externer Gründe einen pragmatisch vorhandenen Vorzug hat, der ausgeglichen werden soll. Für Belgien ist das wohl die EU-gestützte Rolle des Französischen in Brüssel. Analoge Lösungen gibt es aber auch bei der Behandlung der Schulsprachregelungen für die Kinder von Arbeitsmigranten - Segregation, um die kulturelle Identität zu erhalten. Solch eine Lösung erhält bekanntermaßen Zuspruch von den verschiedensten politischen Richtungen.

4. Beispiele für mögliche Optionen

Wie angedeutet, darf man es sich bei der Beurteilung von Lösungswegen für die Organisation von Mehrsprachigkeit nicht zu einfach machen. Ihre Realisierung unterliegt offenbar komplexen Bedingungen; das ist natürlich so nicht recht viel mehr als eine allgemeine Klage. Was heißt hier Komplexität? Nun ja, die Beurteilungsmaßstäbe haben sich geändert, da ja bekanntlich vergangene Gegenwarten nie mehr das sind, was sie einmal waren, sondern ihre Farbe im Auge des Betrachters ändern. So finden sich heutzutage Elemente dessen, was man historisch als den Zusammenhang von Sprache, Ethnie, Identität und staatlicher Organisation fassen könnte, natürlich in der neueren Ethnizitäts- und Regionalismuskussion wieder: allerdings unter gänzlich veränderten Gesichtspunkten. Schon was die sprachliche Lage in unseren Gesellschaften angeht, kann man nicht absehen von der inzwischen erfolgten Durchsetzung der jeweiligen nationalen Standardsprachen in den staatlichen Schulpolitiken. Man sollte bei dieser Entwicklung, die häufiger unter dem Gesichtspunkt des Verlustes von Vielfalt gelesen wird, auch darauf hinweisen, daß damit die gesellschaftliche Emanzipation verschiedenster Gruppen verbunden war, die den zu beschreibenden Zustand der heutigen gesellschaftlichen Interaktion erst ermöglichte. Die Betonung der Regionalsprachlichkeit und der entsprechenden Kultur kann als der Versuch verstanden werden, zwischen dem abstrakten Konsens mit der staatlichen Organisation in unseren Demokratien und den damit verbundenen Kommunikationsformen und der Individualisierung, der Verfolgung von Eigeninteressen in der politischen Interaktion einen Punkt zu finden, an dem sich eine gemeinsame Interessenformulierung anhängen läßt. Wie hoffentlich deutlich gemacht werden konnte, kann es nicht um irgendeine für die mitteleuropäischen Verhältnisse ja anachronistische Renationalisierung gehen, sondern um den pragmatischen Versuch der Einbindung der geschichtlich-kulturellen Erfahrungen von Gruppen, die sich in solcher Weise verbunden fühlen - als explizite Einräumung von Pluralität innerhalb der selbstverständlich allgemein anerkannt-

ten Grundlagen der demokratischen Gesellschaft. Selbst das historische Konzept des "Weltbürgers", wie es das Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland kennt, ist ja der Versuch, zwischen der Individualisierung im Einzelnen und den universalen Ansprüchen einen Ort zu finden, wo sich diese Grundsätze angemessen leben lassen. Da es die Pluralisierung der modernen Gesellschaft mit sich bringt, daß wir nicht den ganzen Tag nur als die Vertreter dieser oder jener ethnischen Gruppe, als Frauen oder Männer, Angehörige beruflicher Netzwerke usw. agieren, kann ja nicht ein einzelner dieser kulturellen Bezüge unserer Identität die politische Organisation dominieren bzw. zur Rechtfertigung einer irgendwie "provinziellen" Ethik führen.

Die andere Gefahr sehe ich hierzulande dort, wo der demokratische Anspruch an «Gemeinschaft» ethisch so stark wird, daß nur noch solche Gemeinschaftsbindung als legitim gilt, die in ihren Motiven universalistisch ist. Ich meine den Generalverdacht gegen lokalpatriotische, regionale und nationale Identitäten, weil sie alle vor dem strengen Auge universalistischer Moral als partikular erscheinen. Aber die Frage ist doch gerade, wie solche universalistischen Ansprüche aus dem luftleeren Raum geholt und in konkreten Gemeinschaften zu verwirklichen sind. (Joas 1993:60)¹⁴

Die Nicht-Exklusivität der regionalsprachlich und -kulturell argumentierenden Gruppierungen zeigt sich auch schon an der Art, wie diese kleinräumigeren Bezüge in die Politik der Eliten eingepaßt sind. Dabei kommt zum Tragen, daß durch den Tatbestand, daß vor allem die nach außen tretenden Vertreter der Minderheiten aufgrund des Staatskonsenses zumindest perfekt zweisprachig agieren, der Gebrauch des minoritären Idioms im Gesamtfeld der Interaktionen innerhalb der relevanten gesellschaftlichen Interaktionseinheit eine andere Stellung im sozialen Zeichensystem einnimmt. Diese Angehörigen der Eliten benutzen gemäß den Spielregeln die ethnische Loyalität als ein mögliches Druckmittel im Interessenkampf der modernen Demokratien - etwa in bezug auf den Gewinn zusätzlicher staatlicher Ressourcen im Hinblick auf den ethnischen Status. D.h. die Argumentation auf dieser Ebene versucht zu zeigen, daß für den demokratischen Anspruch auf Chancengleichheit Verschiebungen im Gleichheitsgefüge zugunsten dieser Gruppen

¹⁴ Der großzügige Gebrauch des Terminus 'Gemeinschaft', der sich in diesem Text durch das Ausgehen von amerikanischen Verhältnissen erklärt, kann bei den deutschen Erfahrungen mit diesem Wort irritieren; er sei hier als eine möglichst neutrale Beschreibung für (temporäre) Gruppenbildungen verstanden, die sich auf nichtuniversale Identitätsmerkmale beziehen.

erforderlich sind.¹⁵ Sprachlich wird eine solche Position tendenziell dazu führen, die gruppenspezifischen Interaktionsmodelle möglichst weit in die gesamtgesellschaftliche Interaktion einzubringen. Alle eher territorial als individuell schützenden Konzeptionen gehören eher zu Spielarten dieses Typs: die Verteilung der Sprachgebiete etwa in der Schweiz "zwingt" automatisch zur Integration in das entsprechende Zeichensystem. Man kann gerade an der Schweiz sehen, was in solchen Konstellationen passiert, wenn die in anderen Zusammenhängen potentiell als Mehrheit verstehbare Gruppe (die Deutschschweizer), ihre innerstaatliche Interessenvertretung auch über ethnische Identität voranbringt: der Streit um die sozialsymbolische und kommunikative Funktion des Schwyzerdytschen für anderssprachige Schweizer, aber auch für Zuziehende aus anderen Teilen des deutschen Sprachgebiets, ist ein guter Beleg dafür. Hier steht diese Rolle immerhin noch in einer Tradition von historischen staatstragenden Ideologemen, die über die normale Demokratiebindung des modernen mittel- und westeuropäischen Nationalstaats deutlich hinausgeht.

Prinzipiell problematischer ist dieser Punkt bei der Interessenvertretung kleinerer Minderheiten, die auch aus verschiedenen anderen Gründen nicht problemlos in die staatliche Gesamtidentität eingebunden sind, so daß sie nicht leicht als konsensfähige alternative narrative Tradition verstanden werden. Ein Beispiel dafür mag die slowenische Minderheit in Österreich sein, wo der auf vielerlei Arten dokumentierte Konsens mit der demokratisch-staatlichen Verfassung, nicht zuletzt durch explizite Abstimmung, offenbar in der innerösterreichischen Diskussion mit einer Reihe von nicht unstrittigen Signalen versehen ist. Das hat sicherlich schon mit der Kontaktsprache zu tun: um es kurz zu machen, aus verschiedenen Gründen ist es offenbar nicht möglich, mit dem Gebrauch des Slowenischen, das ja doch auch immerhin eine benachbarte Standardsprache ist, zum Beispiel einen sozialen Verweis auf die versuchte Konvivialität einer gemeinsamen donaumonarchischen Gemeinsamkeit zu geben. Da solcherart der Gebrauch des Slowenischen ambivalente Signale im Hinblick auf die soziale Einschätzung gibt, ist es nicht verwunderlich, daß das kommunikative Netz der Minderheitensprache gefährdet war. Von daher war vermutlich die nunmehr seit einiger Zeit gültige Schulsprachenneuordnung, wiewohl vorher heftig umstritten, doch der politisch richtige Weg zur eigenen Interessenvertretung in

¹⁵ Das komplexe Gefüge der Gleichheitsfrage und die Unsicherheiten bei der Handhabung von Gleichheitskriterien werden eindrucksvoll bei Sartori (1992: 40ff.) geschildert.

der vorliegenden Lage: ein die Natürlichkeit der Mehrsprachigkeit betonendes integratives Modell, das zwar individuelle Zweisprachigkeit für die Angehörigen der Minderheitengruppe institutionalisiert, ebenso aber territorial auch bei der Mehrheitsgruppe auf den Ausbau der minderheitssprachlichen Fähigkeiten zielt, was letztlich die Sozialsymbolik des Gebrauchs der Minderheitensprache verändern könnte. Da es sich in diesem Fall, wie schon gesagt, bei der slowenischen Partnersprache einerseits um eine Sprache mit einem gesicherten schriftsprachlichen Standard handelt, da andererseits der Marktwert des Slowenischen aufgrund der politischen Veränderungen regional auf jeden Fall gestiegen ist, kann man diesen Versuch durchaus mit einem gewissen Optimismus betrachten. Dieser relative Optimismus nährt sich aus mancherlei Quellen. Was den schieren Marktwert von Sprachen angeht, so sind Kundensprachen besonders interessant: Slowenien ist nun ein normaler Kunde - es lohnt sich, ihm sprachlich entgegenzukommen. Zum anderen signalisiert das Slowenische nicht mehr eine grundsätzliche ideologische Differenz. Wie die Untersuchungen von Gellert-Novak (1993) in allen Euroregionen und ähnlichen Institutionen entlang des deutschen Sprachraums gezeigt haben, spielt sich bei solchen Verhältnissen, die nun in etwa auch für Slowenien gelten, offenbar in der mündlichen und schriftlichen Kommunikation ein Austausch auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners ab. Die regionalen Sprachen spielen eine erhebliche Rolle; lediglich von Österreich aus werden die Partner in solchen Verbindungen häufiger auf englisch angeschrieben. Das würde übrigens Ecos Behauptung stützen, der schreibt:

Das Problem der zukünftigen europäischen Kultur liegt sicher nicht im Triumph der totalen Vielsprachigkeit [...], sondern in der Herausbildung einer Gemeinschaft von Menschen, die in der Lage sind, den Geist, das Aroma, die Atmosphäre einer anderen Sprache zu erfassen. Ein Europa von Polyglotten ist kein Europa von Menschen, die viele Sprachen perfekt beherrschen, sondern im besten Fall eines von Menschen, die sich verständigen können, indem jeder die eigene Sprache spricht und die des anderen versteht, ohne sie fließend sprechen zu können, wobei er, während er sie versteht, wenn auch nur mit Mühe, zugleich ihren «Geist» versteht, das kulturelle Universum, das ein jeder ausdrückt, wenn er die Sprache seiner Vorfahren und seiner Tradition spricht. (1994:355)¹⁶

¹⁶ Diese Idee ist nicht völlig neu; außer von mehreren Autoren zu Ende des 18., Beginn des 19. Jahrhunderts (vgl. Spillner 1989, Eichinger 1991), wird sie von Finkenstaedt/Schröder (1992:36) seit den siebziger Jahren als "rezeptive Mehrsprachigkeit" entwickelt, neuerdings auch von Posner (1991) neu akzentuiert.

Das alles ist natürlich wesentlich schwieriger, wenn die beteiligte Minderheitensprache kaum eine Chance zu einer entsprechenden sozialsymbolischen Umwertung hat. Als ein Beispiel dafür kann vielleicht die kroatische Minderheit im Burgenland gelten. Nun ist das mit dem Kroatischen als Sprache ohnehin schon schwierig und mit dem Kroatischen im Burgenland noch eine Stufe schwieriger. In Haarmanns meines Wissens letztem Buch zu diesem Thema "Die Sprachenwelt Europas" (1993) gibt es in der Liste der in Europa gesprochenen Sprachen zum Beispiel überhaupt keinen Eintrag 'Kroatisch', sondern nur 'Serbokroatisch', das unter anderem in Österreich 22.000 Kroaten sprechen würden (67). Schon die "normalen" Kroaten in Kroatien dürften mit dieser Beschreibung nicht ganz zufrieden sein ('Kroato-serbisch?'), noch viel mehr aber die burgenländischen Kroaten, die mit dieser schriftsprachlich kroatischen Norm nicht viel zu tun haben. Der Status dieses Typs *langue* ist ziemlich schwierig, die versuchte Standardisierung zu einer eigenen Schriftsprache setzt sich nur mit einiger Mühe durch. Schwierig dürfte es unter diesen Umständen sein, die mitwohnenden Mehrheitsbewohner von der Bedeutung der Mehrsprachigkeit zu überzeugen, soweit sie sich auch auf bilinguale Modelle einließen; d.h. ökonomisch und auf der Ebene einer politischen *volonté générale* geht wenig. Allerdings gilt auch hier, daß sich der Minderheitenstatus im politischen Geschäft von der Elite der Minderheitsgruppe als Faktor der Profilierung einer Interessengruppe nutzen läßt. Allerdings ist dazu ein gewisser Konsens über die identitätssichernde Rolle der eigenen Sprache erforderlich, der durch zunehmenden Modernisierungsdruck aufgebrochen werden könnte. D.h. eine Durchsetzung von Interessen hängt durchaus davon ab, ob die Gruppe glaubhaft zeigen kann, daß sie ihre eigene Tradition als einen lebenden lokalen Fall der angestrebten kollektiven Identität vom bürgerlichen guten Leben versteht.

Ich habe an einigen Beispielen zu zeigen versucht, wie sich der Status der beteiligten Idiome auf die Stabilität und Verteidigbarkeit von mehrsprachigen Situationen in Mitteleuropa auswirkt. Vor allem war zu sehen, daß Dinge, die noch immer aussehen wie das alte nationale Machtspiel, unter Berücksichtigung der relevanten Merkmale dieser Gesellschaften als eine Variante im normalen gesellschaftlichen Interessenspiel und der damit verbundenen bürgerlichen Verantwortung verstanden werden können.

Dafür ist ja, wie bei vielen anderen Interessengruppen, das große Interesse einiger Aktivisten und das eher desinteressierte Verhalten der Mehrheit der

Gruppe typisch, die allerdings, wenn es ihnen vom eigenen gesellschaftlichen Bild her noch gangbar erscheint, gerne bei der eigenen Identität, der eigenen Sprache usw. bleiben würden, d.h. sie als für sich lebende Tradition betrachten können. Man könnte das auch das linguistische Trägheitsgesetz nennen, mit dem man das durchaus rationale Beharrungsvermögen durchaus physikalisch und durchaus nicht moralisch gemeint benennen könnte.

5. Ärger mit Fehlinterpretationen: ein Beispiel

In der Literatur über das Elsaß und seine sprachlich-kulturelle Lage hat sich nun neuerdings etwas entspannen, was man in der Sicht der gerade exemplarisch angedeuteten Überlegungen nur einen Phantomstreit nennen kann. Einen Phantomstreit deswegen, weil in diesem Streit der Unterschied zwischen der alten nationalen und der neuen Interpretation im Rahmen demokratisch-moderner Organisationsmodelle nicht erkannt wird, weil solcherart die Differenz an der Oberfläche fast gleich aussehender Erscheinungen, die in unterschiedliche historisch-politische Gefüge eingebettet sind, nicht erkannt wird.

Jürgen Ott und Marthe Philipp, zwei elsässische Germanisten, reagieren in einem gemeinsamen Aufsatz (1993) einigermaßen gereizt auf einen Beitrag von Harnisch (1990).¹⁷ In diesem Artikel wurde dargelegt, warum sich das Elsaß in einem definierten Sinn als eine Minderheit - und dann noch eine Minderheit eines bestimmten Typs - verstehen lasse. Es wurde dazu ein ausführliches soziolinguistisches Faktorenraster herangezogen, unter anderem sei das Elsaß dadurch gekennzeichnet, daß eine unmittelbare geographische Verbindung zum sprachlichen Mutterland vorliege.

Nun mag der Begriff des sprachlichen Mutterlandes vielleicht nicht außerordentlich günstig gewählt sein, weil er womöglich einen Grad und eine Art von Zusammenhang signalisiert, die auf keinen Fall gemeint waren. Man hätte die hier ansetzenden Mißverständnisse durch eine andere terminologische Fassung vielleicht vermeiden können. Ob das möglich gewesen wäre, ist nicht sicher, wird doch von den Autoren generell nahegelegt, daß man ein national-ethnisches Argumentationsmuster, das zwar nicht gemeint war, aber hineingelesen wurde, offenbar nicht für unzeitgemäß hält, lediglich den in

¹⁷ Harnisch hat eine Zeitlang an dem vom Verfasser dieses Beitrags gemeinsam mit Robert Hinderling geleiteten Projekt "Sprachminderheiten in Mitteleuropa" mitgearbeitet und sich dabei vor allem der Untersuchung und Beschreibung der Situation im Elsaß gewidmet.

dem Harnisch'schen Aufsatz gewählten Punkt für eine unangemessene Anwendung dieses Argumentationstyps ("deutscher Nationalismus") hält. Diese Verkennung der Verkettung von Gesellschafts- und Gemeinschaftsaspekten in heutigen demokratischen staatlichen Organisationsformen führt, wie mir scheint, dann innerhalb des Artikels zu widersprüchlichen Argumentationssträngen. Im Hinblick auf den "Mutterland"-Punkt wird betont, daß die im Elsaß gesprochene germanophone Varietät - Haarmann (1993:58) spricht in systemlinguistischer Hilflosigkeit und zudem dialektologischer Ungenauigkeit an dieser Stelle von 1,2 Millionen Elsässern und Lothringern alemannischer Mundart - mit dem Hoch- oder Standarddeutschen nichts zu tun habe,¹⁸ andererseits ein Randdialekt des deutschen Sprachgebiets sei, wie etwa das Bairische. Unter Bezug auf Mattheiers Arbeit von 1980 wird betont, daß es von diesen im Elsaß gesprochenen dialektalen Varietäten (des Deutschen?) auch nicht weiter oder näher zum Hochdeutschen sei als bei diesen Dialekten - in jedem Fall sei für das Deutsch lernende Kind das Deutsche eine Fremdsprache mit etymologischer Stützung durch die Ausgangsvarietät. Im zweiten Teil wird ausführlich dokumentiert, was die Schulpolitik im Elsaß zur Förderung der Fremdsprache Deutsch unter Berücksichtigung dieser elsässischen Varietät tue - was von den Kritikern nicht genügend anerkannt werde. Vielleicht ist es hilfreich, an dieser Stelle zwei andere auch gerade erschienene französische Stellungnahmen zum Elsaß und gerade zu diesem Punkt zu zitieren, eigentlich um zu zeigen, wie unklar es ist, auf welcher Argumentationsebene solche Probleme sinnvollerweise abgehandelt werden sollten. Jean Petit behandelt in einem ebenso ausführlichen wie ausgewogenen Artikel im Dezember 1993 signifikanterweise unter dem Titel "L'Alsace à la reconquête de son bilinguisme. Eine schwere Wiedergeburt" auch die auf die Zweisprachigkeit bezogene Schulpolitik. Als deren Grundvoraussetzung sieht er an:

Il n'existe [...] qu'une seule définition scientifiquement correcte de la langue régionale en Alsace, ce sont les dialectes alsaciens dont l'expression écrite est l'allemand. L'Allemand est donc une des langues régionales de la France. (400)

Von solch einer Position sollte ein vergleichsweise problemloser Weg zu einer normalen schulischen Berücksichtigung dieses Tatbestands führen, was

¹⁸ Nicht ohne an anderer Stelle zu kritisieren, daß Harnisch von einer prekären Stellung zum Hochdeutschen spricht.

nun auch in neuesten Stellungnahmen zur zweisprachigkeitsbezogenen Schulpolitik durchaus geschieht.¹⁹

Zur selben Zeit allerdings äußert sich Yvonne Bollmann in einem Artikel mit dem Titel "*L'appel du crapaud*²⁰ en Alsace" über deutsche Bilder vom Elsaß: sie findet ausschließlich neonationalistisch-imperialistische Tendenzen, illustriert sie mit einem Grass'schen Zitat aus den "Unkenrufen" - das sich dort natürlich auf Polen bezieht:

Pas de blindés, pas de stukas envoyés cette fois. Pas de dictateur, seulement la libre économie de marché. (152)

Und sie endet ihren Artikel:

En Alsace, cette fiction est en train de devenir réalité. L'enseignement de la langue allemande aux petits enfants fera la reste. (152)

Es sei hinzugefügt, daß dieser Beitrag mit einem Werbespruch der Zeitschrift Merian für ein Elsaßheft beginnt, der da lautet «Trois langues, deux nations, un pays de cocagne», und der folgendermaßen kommentiert wird:

L'on n'était pas obligé, en les lisant, d'évoquer cet autre slogan au rythme ternaire: «Un peuple, un Reich, un Führer». (147)

Was soll man dazu sagen? Es handelt sich bei der hier angedeuteten ganz unterschiedlichen Schilderung der Lage im Elsaß um Fälle, die auf gänzlich verschiedenen interpretativen Modellen basieren, deren Angemessenheit im Rahmen der angedeuteten demokratietheoretischen Überlegungen zu bewerten wäre. Ganz offenkundig ist in diesem historisch außerordentlich konfliktträchtigen Fall der Intersektion von Kulturen und Staatszugehörigkeit die Tendenz sehr groß, den Bewußtseinsstand der kritischsten Zeitphase als immer gültig anzusetzen, um durch diese Positionierung klarzumachen, daß im Rahmen der wohlverstandenen Interessenvertretung in modernen politischen Institutionen die in der elsässischen Mehrsprachigkeit niedergelegte narrative Tradition eine marginale Sonderrolle zu spielen habe. Dazu gehört an erster Stelle eine Marginalisierung der sprachlichen Varietät, ihre Isolierung, gleichzeitig die damit verbundene Interpretation, daß ein Bestreiten der

¹⁹ Vgl. dazu die Stellungnahmen in den "Nouveaux Cahiers d'Allemand" 12 (1994) von Kleinclaus, Philipp und Zehnacker.

²⁰ Grass' Romantitel "Unkenrufe" auf französisch.

Isolierung nur als Aufnahme nationalistischer Ideen interpretiert werden könne: nicht umsonst werden die Nazi-Zeit und die "lediglich 47 Jahre Zugehörigkeit zu Deutschland" erwähnt. Die zu Recht erfolgte Stigmatisierung dieser historischen politischen Phasen wird benutzt, um die eigene Position zu immunisieren: mit Anstand könne man darüber nicht diskutieren. Gleichzeitig wird das in der sprachlichen Konstellation steckende Argument, daß es möglicherweise vernünftig sein könne, den vorhandenen Bilinguismus zu nützen, durch ein ökonomisch-nationales Argument blockiert: die französische Identität, die ja idealerweise eigentlich nicht kultursensitiv sein soll, sondern universal - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit -, werde durch die wirtschaftliche Macht des nationalistisch-deutschen Konzepts bedroht. Gänzlich anders - auf Betonung kultureller Tradition und ihren Wert für eine pluralistische Gesellschaft - ist der lange Beitrag von Jean Petit ausgerichtet. Bei ihm ist zunächst schon einmal die ganze Geschichte des Elsaß die Folie für die Interpretation, Stoff für die kulturellen Geschichten, d.h. die Bewußtseinsgeschichte dieses Raums. Für ihn bildet sich so im Elsaß eine narrative Basis der eigenen Kultur heraus, die eine spezifische Tradition repräsentiere. Diese Tradition stelle wie die anderen Minderheitensprachen einen alternativen Aspekt innerhalb des demokratischen Konsenses Frankreichs dar. Er stellt sich auch als Interessenvertretung einer solcherart distinkten Gruppe dar, wobei der Gruppennutzen hier durchaus mit privatem ökonomischem Nutzen vermittelt sein kann.²¹

Der zu Beginn angesprochene Aufsatz von Jürgen Ott und Marthe Philipp läßt sich in seiner Argumentation nicht eindeutig zuordnen; auch das ist von den Autoren gewollt: die Darstellung der Verhältnisse als unvereinbar soll die Unmöglichkeit einer soziolinguistischen Beschreibung der Verhältnisse im Elsaß überhaupt deutlich machen:

In der Politik, in der Wirtschaft kann man sich fragen, wie eine Situation entstanden ist, dann versuchen, sie synchron zu analysieren, sie beurteilen und eventuell Prognosen für die Zukunft stellen und schließlich Vorschläge machen, um sie zu verbessern, um etwaige Schwierigkeiten zu beheben und zu verhindern. Bei einer sprachlichen Situation sind so viele Faktoren im Spiel, daß jede dieser Etappen problematisch ist, weil man sowohl über die Ursachen als auch über die Wirkungen im dunkeln [sic!] tappt. Wir

²¹ Die Folgen des sprachpolitischen Pendelns zwischen monolingualen Extremen, das die Wirklichkeit des Elsaß zumindest in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts prägte, auf der Ebene der "subjektiven Wirklichkeit", der Attitüden, werden bei Huck/Bothorel-Witz (1993: v.a. 452ff.) diskutiert.

wissen noch so wenig: sowohl über die Sprachstrukturen der einzelnen Ortsmundarten als auch über ihren Gebrauch durch die verschiedenen Gruppen in verschiedenen Situationen, wobei jeder einzelne mehreren Gruppen angehören kann. (8)

Zugegeben, unser Wissen ist begrenzt, womöglich fehlerhaft, die Lage ist komplex, - aber ist es nicht doch auch so, daß "unter Anrufung der (heiligen oder unheiligen) Weltkomplexität" (Weinrich 1973:157) das Interesse hervorscheint, zu zeigen, daß nicht sein könne, was nicht sein dürfe. Denn natürlich abstrahiert jede wissenschaftliche Modellbildung von bestimmten Dingen und muß es auch, wenn sie nicht auch praktisch folgenlos bleiben will: Es ist ja gar nicht möglich, auf alle Daten zu warten, die übrigens zunächst bloß Fakten sind, die erst in einem Modell zu Daten werden: "Vielleicht liegt die Wahrheit bei den halbfertigen Sachen" (Weinrich 1973:161). Aber eigentlich können diese Ausführungen ja nicht meinen, was sie zu sagen scheinen, nämlich daß es beim heutigen Wissensstand und beim heutigen Stand soziolinguistischer Beschreibung keine Möglichkeit gebe, für einen bestimmten Zweck relevante von irrelevanten Daten zu scheidern, d.h. Sinn zu finden, zumindest Sinnangebote zu machen.

Und doch scheint es mir, daß wir Geisteswissenschaftler es uns nicht verbieten lassen können, auch mitunter von unserer Arbeit am Detail aufzusehen, ja uns umzuwenden, um uns zu fragen, in welchen größeren Zusammenhang unser Problem wohl gestellt werden könnte? Wie viel und wie oft wir das tun, mag Temperamentssache sein, aber wenn wir aufrichtig mit uns sind, werden wir auch erkennen, daß selbst die Wahl unserer Themen eine ausgesprochene oder unausgesprochene wissenschaftliche Theorie voraussetzt. (Gombrich 1986:19)

Literatur

- Ammon, Ulrich (1983): "Vorbereitung einer Explizit-Definition von 'Dialekt' und benachbarten Begriffen mit Mitteln der formalen Logik." In: Mattheier, Klaus J. (ed.), *Aspekte der Dialekttheorie*. Tübingen: Niemeyer, 27-68.
- Bollmann, Yvonne (1993): "*L'Appel du Crapaud* en Alsace." In: *Allemagne d'aujourd'hui* 125, 147-152.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brink, Bert van den (1993): "Gerechtigkeit und Solidarität. Die Liberalismus/Kommunitarismus-Debatte." In: *Transit* 5, 51-72.
- Brumlik, Micha/Brunckhorst, Hauke (eds.) (1993): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Fischer.

- Brunkhorst, Hauke (1994): *Demokratie und Differenz. Vom klassischen zum modernen Begriff des Politischen*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Coulmas, Florian (1992): *Die Wirtschaft mit der Sprache*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Eco, Umberto (1994): *Die Suche nach der vollkommenen Sprache*. München: Beck.
- Eichinger, Ludwig M. (1988): "Wie typisch ist Südtirol? Zu den Strukturen mitteleuropäischer Mehrsprachigkeit." In: Spillner, Bernd (ed.), *Angewandte Linguistik und Computer*. Tübingen: Narr, 185-188.
- Eichinger, Ludwig M. (1989): "Von Leuten, die nicht bis drei zählen können. Zum Weltbild der Sprache." In: *Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache* 15, 30-49.
- Eichinger, Ludwig M. (1991): "Erinnerungen an die gerade vergangene Zeit. Johann Andreas Schmellers Schrift über eine europäische Verhandlungssprache." In: *Oberpfälzer Heimat* 35, 142-162.
- Eichinger, Ludwig M. (1992a): "Konflikte und Minderheiten." In: *Germanistische Mitteilungen* 35, 45-53.
- Eichinger, Ludwig M. (1992b): "Das Deutsche als Minderheitensprache. Eine soziolinguistische Skizze zur Lage des Deutschen in einer Zeit politischen Wandels." In: *Der Deutschunterricht* 44/6, 56-69.
- Eichinger, Ludwig M./Raith, Joachim (eds.) (1993): *Sprachkontakte. Konstanten und Variablen*. Bochum: Brockmeyer.
- Fink-Eitel, Hinrich (1993): "Gemeinschaft als Macht. Zur Kritik des Kommunitarismus." In: *Brumlik/Brunkhorst* (1993), 306-322.
- Finkenstaedt, Thomas/Schröder, Konrad (1992): *Sprachen im Europa von morgen*. München: Langenscheidt.
- Flego, Gvozden (1993): "Gemeinschaften ohne Gesellschaft? Zur Problematik des 'Postsozialismus'." In: *Brumlik/Brunkhorst* (1993), 63-71.
- Gauger, Hans-Martin (1988): "Babel in den Geisteswissenschaften oder der ungeträumte Traum. Nachwort." In: *Oksaar/Skudlik/von Stackelberg* (1988), 203-231.
- Gellert-Novak, Anne (1993): *Europäische Sprachenpolitik und Euroregionen. Ergebnisse einer Befragung zur Stellung der englischen und deutschen Sprache in Grenzgebieten*. Tübingen: Narr.
- Gombrich, Ernst H. (1986): "'Sind eben alles Menschen gewesen'. Zum Kulturrelativismus in den Geisteswissenschaften." In: *Kontroversen, alte und neue. Akten des VII. Kongresses der Internationalen Vereinigung für germanistische Sprach- und Literaturwissenschaft Göttingen 1985. Bd. 1*. Tübingen: Niemeyer, 17-28.
- Haarmann, Harald (1993): *Die Sprachenwelt Europas. Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural*. Darmstadt: Campus.
- Habermas, Jürgen (1990): "Verfassungspatriotismus - im allgemeinen und im besonderen." In: *Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 147-178.
- Hagège, Claude (1992): *Le souffle de la langue. Voies et destins des parlars d'Europe*. Paris: Odile Jacob.

- Harnisch, Rüdiger (1990): "Sprachgebrauchsdeterminierende Faktoren für die Domänenverteilung zwischen Elsässisch und Französisch." In: Philipp, Marthe (ed.), *Alemannische Dialektologie im Computer-Zeitalter*. Göppingen: Kümmerle, 233-243.
- Huck, Dominique/Bothorel-Witz, Arlette (1993): "Zur Mehrsprachigkeit im Elsaß." In: Thum, Bernd/Finke, Gonthier-Louis (ed.), *Praxis interkultureller Germanistik. Forschung - Bildung - Politik. Beiträge zum II. Internationalen Kongreß der Gesellschaft für Interkulturelle Germanistik*. Straßburg 1991. München: iudicium, 447-460.
- Joas, Hans (1993): "Gemeinschaft und Demokratie in den USA. Die vergessene Vorgeschichte der Kommunitarismus-Diskussion." In: Brumlik/Brunkhorst (1993), 49-62.
- Keller, Rudi (1990): *Sprachwandel. Von der unsichtbaren Hand in der Sprache*. Tübingen: Francke.
- Kleinclaus, Patrick (1994): "Vers une rénovation de l'enseignement des langues vivantes en France?" In: *Nouveaux Cahiers d'Allemand* 12, 1-6.
- Koller, Werner (1992): *Deutsche in der Deutschschweiz. Eine sprachsoziologische Untersuchung. Mit einem Beitrag von Heinrich Hänggi*. Aarau/Frankfurt a.M./Salzburg: KNO.
- Markey, Thomas L. (1987): "When minor is minor and major is major: language expansion, contraction and death." In: *Journal of Multilingual and Multicultural Development* 8, 3-22.
- Mattheier, Klaus (1980): *Pragmatik und Soziologie der Dialekte. Einführung in die kommunikative Dialektologie des Deutschen*. Heidelberg: Quelle & Meyer.
- Oksaar, Els/Skudlik, Sabine/von Stackelberg, Jürgen (1988) (eds.): *Gerechtfertigte Vielfalt. Zur Sprache in den Geisteswissenschaften*. Darmstadt: Luchterhand.
- Ott, Jürgen/Philipp, Marthe (1993): "Dialekt und Standardsprache im Elsaß und in Lothringen." In: *Deutsche Sprache* 21, 1-21.
- Petit, Jean (1993): "L'Alsace à la reconquête de son bilinguisme. Eine schwere Wiedergeburt." In: *Nouveaux Cahiers d'Allemand* 11, 361-430.
- Philipp, Marthe (1994): "L'épreuve facultative d'alsacien au capes d'Allemand." In: *Nouveaux Cahiers d'Allemand* 12, 7-14.
- Porzig, Walter (1971): *Das Wunder der Sprache*. Ed. Andrea Jecklin/Heinz Rupp. 5. durchges. Aufl. München: Francke.
- Posner, Roland (1991): "Der polyglotte Dialog - Ein Humanistengespräch über Kommunikation im mehrsprachigen Europa." In: *Sprachreport* 3, 6-10.
- Romaine, Suzanne (1989): *Bilingualism*. Oxford: Blackwell.
- Sartori, Giovanni (1992): *Demokratiethorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Skudlik, Sabine (1988): "Die Kinder Babylons." In: Oksaar/Skudlik/von Stackelberg (1988), 73-129.
- Spillner, Bernd (1989): "Der Sprach-Gerichtshof von 1814: Zur Frage, welche Sprache zur Europäischen Staatensprache erhoben werden könne." In: Klein-schmidt, Eberhard (ed.), *Fremdsprachenunterricht zwischen Sprachenpolitik*

- und Praxis. Festschrift für Herbert Christ zum 60. Geburtstag. Tübingen: Narr, 50-57.
- Taylor, Charles (1993): "Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?" In: *Transit* 5, 5-20.
- Trabant, Jürgen (1986): *Apeliotes oder der Sinn der Sprache*. München: Fink.
- Trabant, Jürgen (1989): "Der innere Begriff der Sprachwissenschaft: Leibniz und Humboldt." In: Schlieben-Lange, Brigitte u.a. (eds.), *Europäische Sprachwissenschaft um 1800. Methodische und historiographische Beiträge zum Umkreis der "idéologie"*. Bd. 1. Münster: Nodus Publikationen, 179-202.
- Wandruszka, Mario (1979): *Die Mehrsprachigkeit des Menschen*. München: Piper.
- Wandruszka, Mario (1990): *Die europäische Sprachengemeinschaft*. Tübingen: Francke.
- Weinrich, Harald (1973): "System, Diskurs, Didaktik und die Diktatur des Sitzfleisches." In: Maciejewski, Franz (ed.), *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Neue Beiträge zur Habermas-Luhmann-Diskussion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 145-161.
- Werlen, Iwar (1989): *Sprache, Mensch und Welt. Geschichte und Bedeutung des Prinzips der sprachlichen Relativität*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Zehnacker, Jean (1994): "L'exaction culturelle et les langues." In: *Nouveaux Cahiers d'Allemand* 12, 15-18.